

Geschenk
an allen Werktagen.
Bezugspreis
für Nov. Dezember 10.—
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsbüro 300.—
am Postamt . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Hörnsprecher: 4248, 2273,
3110, 3249.

Botschekonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

oder Anspruch hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Deutschlands Lage und Aussichten.

Moratorium! Plötzlich ist das Wort aufgeflattert, das weder im Vocabular des Vertrages von Versailles noch in dem des Londoner Ultimatums zu finden ist. Es ist in aller Munde, es steht in großen, schreienden Lettern an der Spitze der Zeitungen, es weckt in Deutschland Hoffnungen und Befürchtungen.

Deutschland steht vor der Notwendigkeit, am 15. Januar eine weitere Goldmilliarde zu zahlen. Es ist dazu nicht imstande und muß Auswege suchen. Einer dieser Auswege ist der Weg der Stundung. Von englischer Seite wurde zuerst auf diesen Weg hingewiesen, und zwar von sehr maßgebender englischer Seite. Dass der Gedanke der Stundung ausgesprochen und erwogen werden konnte, scheint eine Wendung in der Reparationspolitik der Alliierten anzukündigen. Dass das Ultimatum von London unerfüllbar ist, weiß seit Monaten jeder wirtschaftlich einigermaßen unterrichtete Mensch in Europa und in Amerika. Dass es gar keinen internationalen Kredit für deutsche Reparationsleistungen geben kann, wenn die Verzinsung und Tilgung dieses Kredites nicht durch eine ziemlich langfristige Stundung der Ultimatumsverpflichtungen einigermaßen sichergestellt wird, haben die englischen Finanzmänner, die vor einigen Wochen in Berlin mit der Industrie, den Banken und der Regierung verhandelten, für eine klare Selbstverständlichkeit erklärt. Es bleibt aber nur der Schritt von der Erkenntnis zum Entschluss. Und gerade dieser Schritt scheint sehr schwer zu sein.

Wenn man den Stimmen der englischen Presse Glauben schenken darf, ist nicht nur die Londoner City, sondern auch das Kabinett Lloyd George von der Notwendigkeit einer raschen und gründlichen Änderung der Reparationspolitik überzeugt. Das Moratoriumsprojekt wird in den Londoner Zeitungen beinahe schon als Allheilmittel gepriesen, und Leute, die gut unterrichtet sein wollen, behaupten, dass England — möglicherweise im engen Einvernehmen mit Amerika — diesmal dem französischen Widerstand gegenüber ganz sicher fest bleiben werde. Für andere ist dies just der Sorgenpunkt der ganzen Angelegenheit. Die Spuren einer noch gar nicht weit zurückliegenden Vergangenheit schrecken; wie lange ist es denn her, dass Lloyd Georges eigenes Blatt, der "Daily Chronicle", die oberschlesische Lösung in Grund und Boden verdammte, die dann Downing Street ohne die geringste Änderung und Verbesserung annahm.

Freilich — das internationale Valuta- und das internationale Handelsproblem ist für England beträchtlich wichtiger als die oberschlesische Frage, und darum wird die Revision des Ultimatums und irgend eine Art von Moratorium schließlich kommen. Fraglich ist nur, wann, in welcher Form und unter welchen Begleitumständen. Dass man Deutschland schon die Sorge um die Januar- und Februarrate abnehmen wird, ist nicht sicher, nicht einmal sehr wahrscheinlich. Über die Sicherheiten, die man fordern wird, wenn die Stundung gewährt wird, lässt man in Londoner und Pariser Blättern allerlei höchst bedenkliche Anbautungen. In Frankreich verlangen die Poincaré-Leute wieder einmal "Plünder", und jedermann weiß, was sie damit meinen. In England scheint man Pläne einer Finanzkontrolle auszuhecken, deren Wirkung für die Devisenentwicklung vielleicht sehr günstig, für die Selbständigkeit der Finanz- und — was natürlich ungleich wichtiger ist — der Wirtschaftspolitik Deutschlands vernichtend wäre. Der Weg zum Moratorium ist auch jetzt, da das Ziel in greifbare Nähe zu rücken scheint, nicht gerade und nicht eben.

Was jetzt über die Bedingungen eines Moratoriums bekannt geworden ist, zeigt, wie sehr Deutschlands Notlage ausgenutzt werden soll. Bedingungen, wie die Deutschland sollte das Drucken von Papiermark einstellen und die gesamte deutsche Einfuhr und Ausfuhr unter alliierte oder englische Kontrolle stellen, sind fast unerfüllbar. Es scheint England darauf anzukommen, sich in der deutschen Industrie entscheidend einzunisten, was diese Industrie in Verhältnisse zurückführen würde, wie diejenigen der achtziger Jahre, wo englische industrielle Unternehmungen in Deutschland die Lage beherrschten. Die deutschen Industrielergebnisse sollen dazu ausgenutzt werden, Produktionswerkstätten in bisher verschlossenen Gebieten des englischen Imperiums zu errichten. Mit diesen Produktionswerkstätten die natürlich unter weitaus geringeren Kosten wie in Europa arbeiten könnten, hätte England mit der Zeit den Weltmarkt wieder erobert. Was England vorschlägt, ist also letzten Endes ein Wirtschaftskampf auf lange Sicht gegen Deutschland mit deutschen Waffen.

Bei der Frage der Beschäftigung der deutschen Industrie spielt der Wiederaufbau Rußlands eine wesentliche Rolle. Da England befürchtet, dass die Zwangsläufigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung doch zu einer Bevölkerung der deutschen Industrie in Russland führen muss, sucht es den Ausweg, diese Bevölkerung in eigene Regie und für eigene Rechnung in die Hand zu nehmen. Das würde es bedeuten, wenn Deutschland als Arbeitnehmer des englischen Arbeitgebers, wie sich der englische Pazifist Kenworthy kürzlich in Berlin ausdrückte, Russlands Wirtschaftsleben wieder aufbauen würde. Auch hier also nutzt die englische

Industrie Deutschlands Notlage in nicht zu überbietender Weise aus. Denn der Engländer weiß sehr genau, dass er allein, ohne die Hilfe deutscher Intelligenz und deutscher Kenntnisse russischen Lebens niemals Russlands Wirtschaft wieder aufbauen könnte. Dass der wirtschaftliche Wiederaufbau Russlands, die Erschließung aller seiner Rohstoffe Vorbedingung für eine Sanierung Europas und damit der Weltwirtschaft ist, hat man sowohl in England als auch in Amerika klar erkannt. Die Zusammenhänge der deutschen und der russischen Wirtschaft sind aber ein weiterer Faktor zu der anscheinenden Bereitwilligkeit, Deutschland jetzt eine Erleichterung der wirtschaftlichen Lage zu verschaffen. Wie recht hatten also diejenigen Politiker in Deutschland, die stets einer vernünftigen deutschen Ostpolitik auch mit Sowjetrußland das Wort redeten.

Gewiss, man darf sich die ungeheuren Gefahren nicht verhehlen, die die englischen Bedingungen für die Gewährung eines Moratoriums in sich bergen, man darf aber auch nicht die Hoffnung aufgeben, dass es der deutschen Politik und besonders den deutschen Wirtschaftlern gelingen kann, einigermaßen erträgliche Bedingungen Englands zu erhalten. Nichts ist geeigneter, die trostlose Lage Deutschlands dem deutschen Volke klarer zu machen, als die Nachrichten, die aus London über die englischen Vorschläge kommen. Es scheint, als ob sich Deutschland nur noch vor der Alternative befände, für die nächste Zeit französische Kolonie oder englisches Dominium zu werden. Sich zu entscheiden, ist sicher schwer. Was es von Frankreich zu erwarten hat, davon erlebte es im Rheinlande und in Oberschlesien eindringliche Proben. Aber die Aussichten, das deutsche Wirtschaftsleben England so gut wie auszuliefern, von England sich Preise der Waren und letzten Gründes Lebensstandard der Bevölkerung vorschreiben zu lassen, sind auch trübe genug, wenn man über die augenblickliche Lage hinweg die deutsche Zukunft der nächsten Jahrzehnte überdenkt.

Aber wenigstens würde Deutschland dasjenige englische Dominium sein, das mit seinen Menschen und wirtschaftlichen Kräften Russland wieder aufbauen würde und in diesem Aufbau die Jahrhunderte alten Aufgaben des Deutschtums im Osten weiter lösen könnte.

Rücktrittsabsichten des Sejmarschalls.

Warschau, 8. Dezember. Seit einigen Tagen steht in den Sejmkorridoren das von der Linken verbreitete Gerücht, nach dem der Marschall Trzamecki von seinem Posten zurücktreten will. In der geistigen Morgenpresse erschien die erste Notiz über diese Angelegenheit. Es ist sehr bezeichnend, dass die erste und letzte Nachricht gebracht wurde vom "Kurier Poranny", der Zeitung des Belvedere, die berichtet: "Die seit längerer Zeit in den Korridoren des Sejm verbreitete Nachricht über den von den Linksparteien ausgeübten Druck auf den Marschall, damit dieser von seinem Posten zu Gunsten eines andern zurücktreten solle, lässt sich nicht länger verheimlichen. Entscheiden soll diese Angelegenheit der Marschall Trzamecki selbst, der in einer Unterredung mit einem hervorragenden Abgeordneten bemerkte, dass er die Absicht habe, in nächster Zeit in der Kammer die Vertreutensfrage bezüglich seiner Person zu stellen. Der Marschall wünscht nur das Gesetz über die staatliche Abgabe durchzubringen. Als Nachfolger werden drei Kandidaten bezeichnet: Skulski, der sich kategorisch der Annahme der Kandidatur widersetzt, Barwowski und Steslowicz. Über die beiden letzten Kandidaten, die, wie bekannt, dem Club der Verfassungspartei angehören, ist ein Einvernehmen noch nicht erzielt worden."

Die Wilna-Wahlen.

Wilna, 8. Dezember. Das Generalkommissariat in Wilna bringt den Personen, die sich außerhalb des Wahlgebiets befinden oder außerhalb des Wahlgebiets wohnen, Nr. 421 des Erlasses, den der Präsident der vorläufigen Regierungskommission am 1. d. Mts. über die Wahlordnung zum Sejm in Wilna herausgegeben hat, in Erinnerung. Im Anhang werden noch folgende Weisungen hinzugefügt: Personen, die zur Abstimmung berechtigt sind, können sich entweder schriftlich oder persönlich unmittelbar oder auch durch Vermittlung von zu diesem Zweck gegründeten Organisationen an die Kreiswahlkommissionen in Wilna, Smigian, Romaja, Osmani, Troki, Lida, Wojska und Braciam mit der Forderung senden, in die Wahlliste eingetragen zu werden. Der Endtermin für die Meldungen ist der 2. d. Mts. Diese Meldungen können ebenfalls an das Generalwahlkommissariat in Wilna oder an das Wahlkommissariat in Wilna gesandt werden. Die Meldung soll enthalten: Die gegenwärtige Adresse, Geburtsdatum und -ort, ständige Wohnort und Berufung auf den Artikel und Punkt der Wahlordnung, kraft dessen dem Bewerber das aktive Wahlrecht zusteht. Diese Angabe muss auch die Originale oder Abschriften der offiziellen Dokumente enthalten, die die Wahrheit der gemachten Angaben verbürgen. Die Wahlen werden im ganzen Gebiet am 8. Januar 1922 stattfinden. Die Abstimmung kann nur persönlich erfolgen. Das Wahlrecht haben nicht: 1. Personen, die der Ehrenrechte beraubt sind oder die in ihren Rechten beschränkt sind, mit Ausnahme jener, die für politische Vergehen verurteilt wurden; 2. Personen ohne eigenen Willen.

Babierowski, Generalwahlkommissar.

Die litauische Regierung protestiert gegen die Wilna-Wahlen.

London, 8. Dezember. Die litauische Regierung hat an die Mächte einen Protest gegen das Diktat des Generals Beljowski gerichtet, das für den 8. Januar 1922 in dem von den Polen besetzten Gebiet Wilnas Wahlen angeordnet hat.

Die englisch-irische Verständigung.

Ende des Streites.

London, 8. Dezember. Das Reuter-Bureau meldet: In der irischen Angelegenheit ist ein Einvernehmen erzielt worden. Die Sinnfeiner erklärten sich damit einverstanden, den Treuschwur durch die irische Regierung dem eigenen Parlament und dem englischen State, und nicht dem König von England abzulegen. In Zukunft hat jedes Regierungsmittel von Irland das Recht, den König als Oberhaupt der Republik Irland nicht anzuerkennen.

Das irische Statut.

London, 8. Dezember. Nach dem neu geschlossenen englisch-irischen Vertrag wird Irland dasselbe Statut wie den anderen Dominions des britischen Imperiums zustehen. Irland wird den Namen tragen: "Freier Staat Irland".

Die Streitkräfte des Imperiums werden die Verteidigung der irischen Küsten sicher stellen, bis die irische Regierung selbst imstande ist, den Schutz ihres Gebietes zu sichern. Die Häfen Großbritanniens und Irlands werden beiden Staaten offen stehen.

Wenn das Ulsterparlament sich im Verlaufe eines Monats vom Augenblick der Annahme dieses Gesetzes gegen dieses Gesetz aussprechen sollte, dann werden die Verwaltungsbehörden Irlands das genannte Gesetz nicht auf Ulster ausschließen.

Große Zufriedenheit in England und Irland.

Der Ministerrat prägte den englisch-irischen Vertrag, dessen Wortlaut einstimmig angenommen wurde. Der König sandte an Lloyd George eine Depeche, in der ihm zu der günstigen Erledigung der irischen Angelegenheit seinen Glückwunsch ausdrückt.

Die Nachricht von der Unterzeichnung des Vertrages rief unter der Bevölkerung Dublins unerhöhte Freude hervor. Die Bevölkerung war immer noch darauf vorbereitet, dass sich die Verhandlungen fortsetzen werden. In Belfast wurde die Nachricht ebenfalls mit Begeisterung aufgenommen. Die Mitglieder der irischen Delegation haben London am Mittwoch verlassen.

Einberufung des Parlaments.

Wie Reuter meldet, wird das Parlament so schnell wie möglich zusammenrufen werden. Die Einberufung steht mit der Ratifizierung des irischen Abkommens im Zusammenhang. Lloyd George ist wegen der vorzeitigen Einberufung des Parlaments — wie es in einer weiteren Reuternote heißt — gegen seinen Willen gezwungen, seine Absicht, der Washingtoner Konferenz beizutreten, aufzugeben.

Der englische Lordkanzler Birkenhead machte in einer Rede die Einzelheiten des Abkommens in der irischen Frage bekannt. Die Hauptbedingungen der Regelung sind folgende: Mit einem einzigen Vorbehalt wird Irland in dieselbe Lage versetzt wie Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Es wird den Namen "Irischer Freistaat" erhalten. Südirland ist darin in eigenem Hause.

Die Vertreter Sinnfeins sind bereit, dem irischen Parlament zu empfehlen, dass der neu gebildete irische Freistaat nicht einen Vertrag des Verbandes mit dem britischen Reich abschließe, sondern in das britische Reich eintritt. In Finnland hat das südliche Parlament die Führung. Irland übernimmt einen angemessenen Teil der nationalen Schulden und der Kriegsaufgaben.

Diese Bedingungen werden beiden Häusern des britischen Parlaments im neuen Jahr unterbreitet. Wenn diese nicht zustimmen, wird das englische Volk eine baldige Gelegenheit zur Entscheidung erhalten.

Das englische Kabinett billigte einstimmig den Entwurf des Abkommens, das mit den Vertretern Sinnfeins abgeschlossen wurde. Den Londoner Blättern zufolge verlautet, dass der früheste Zeitpunkt, an dem das Parlament zusammenentreten kann, der 18. Januar ist.

Aus Oberschlesien.

Abreise der deutschen Wirtschaftsdabordnung nach Oberschlesien.

Berlin, 8. Dezember. (Tel.-U.) Die Wirtschaftsdabordnung für Oberschlesien, unter Führung von Staatsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär Lemke, in Begleitung des Generalbevollmächtigten der deutschen Regierung und des Staatssekretärs Göppert und des Ministerialrates v. d. Schlesienburg vom Auswärtigen Amt und des Oberregierungsrates Schmiedeck, ist am Mittwoch in Oberschlesien eingetroffen. Auch die Unterkommisionen haben sich gleichzeitig zu den Verhandlungen begeben. In ihrer Zusammenstellung sind einige kleinere Änderungen eingetreten, da an Ort und Stelle oberschlesische Sachverständige hinzugezogen werden sollen.

Italien und das oberschlesische Industriegebiet.

Oppeln, 8. Dezember. Der italienische General und Stellvertreter des Vorsitzenden der italienischen Abstimmungskommission de Marinis wird sich auf Veranlassung des italienischen Außenministers nach Rom begeben, um die italienische Regierung über die Lage im oberschlesischen Industriegebiet und über die Möglichkeit einer italienischen Beteiligung an der Ausbeutung des Industriegebietes aufzuklären. Nach seiner Rückkehr nach Oppeln wird dann eine italienische Wirtschaftskommission Oberschlesien bereisen und mit den Polen Verträge abschließen.

Die Kommission für Arbeitsangelegenheiten.

Kattowitz, 8. Dezember. Zwischen dem Direktor des internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas und dem deutschen Vertreter für die oberschlesischen Verhandlungen Dr. Schiffer fand eine Beratung über die Bildung einer Kommission für Arbeitsangelegenheiten in Verbindung mit der Zuweisung des einen Teils Oberschlesiens an Polen statt. Die Kommission, die auf paritätischer Grundlage gebildet wird, soll aus Vertretern der Industriellen und der Arbeiter bestehen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Meldung, die Donnermärkischen Besitzungen seien auf eine englische Gesellschaft übergegangen, sich nicht auf die Donnermärkische Hälfte bezieht. Dies bleibt vielmehr gesicherter deutscher Besitz. Nur die gräflich Donnermärkischen Güter und Fabrikantengüter, die sich in den abgetrennten oberschlesischen Gebieten befinden, werden an eine englische Gesellschaft übergehen.

Die Abrüstungsfrage.

Das Ergebnis der Konferenz. — Amerika gegen das Viermächtebündnis.

London, 8. Dezember. In Kürze wird das Ergebnis der Washingtoner Konferenz bekanntgegeben werden. Die Regierung und die öffentliche Meinung Amerikas sind gegen die Teilnahme an dem französisch-englisch-japanisch-amerikanischen Bündnis, das einem englisch-japanischen Bündnis nicht vorbeugt. Bei den Beratungen der Kommission über dieses Thema bemühte man sich, den politischen Charakter dieses Bündnisses auszuschalten. Amerika will keine Verpflichtungen politischer Natur übernehmen. Die für Donnerstag angekündigte Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses wird nicht veröffentlicht werden.

Japan nimmt an.

Wien, 7. Dezember. Nach dem "New York Herald" hat das japanische Kabinett offiziell erklärt, daß Japan den Entwurf Hughes' über das Flottenverhältnis 5:5:3 annimmt.

Negative Ergebnisse für China.

Neapel, 7. Dezember. Der Generalsekretär der chinesischen Delegation in Washington hat, wie die "Associated Press" meldet, nach Peking telegraphisch seinen Rücktritt als Mitglied der Delegation angezeigt als Protest gegen die negativen Ergebnisse, welche China mit seinen Forderungen bisher erreicht hat.

Amerikanische Abrüstung.

Washington, 8. Dezember. Der Jahresbericht, den der Staatssekretär für Krieg dem Kongreß unterbreitet hat, empfiehlt die Einstellung der überzähligen Offiziere der alten Armee in die Reserve, soweit die Verdopplung der Militärschulen der Regierung. Die modernen Typen der neuen Ausrüstung von der Handgranate bis zum schweren Artilleriegeschoss werden hergestellt und bei der Armee eingeführt. Die Versuche, die zum Ausbau der chemischen Kriegsführung vorgeschlagen wurden sollen fortgesetzt werden. Es heißt dann wörtlich weiter: "Wir sind zwar im Prinzip gegen die Anwendung von giftigen Gasen andererseits, sind wir jedoch nicht vollkommen davon überzeugt, ob dies auch bei unseren möglichen Feinden der Fall ist." Hinsichtlich der modernen Entwicklung der Kriegsführung sagt der Bericht: "Wir sind in dieser Entwicklung bereits hinter den führenden Staaten zurück. Das ist ein Nebel, das wir abstellen müssen." Der Bericht empfiehlt schließlich den Ausbau des Handelsflugdienstes durch staatliche Unterstützungen.

Eine Erklärung Hardings über die Schuldenfrage.

Washington, 8. Dezember. In einer der Schuldenlösungssitzungen erklärte Präsident Harding, Amerika wäre gezwungen, seinen ehemaligen Verbündeten die Möglichkeit zu bieten, sich die für sie lebensnotwendigen Industrien zu erhalten. Eine Unterstützung könnte jedoch nur so geschehen, daß die Industrie der Vereinigten Staaten nicht untergraben werde.

Betreffs der Beziehungen Amerikas zu Sowjetrußland sagte Harding: Wir erkennen die gegenwärtige Regierung nicht an, noch dulden wir die Propaganda von Moskau, aber wir vergeßen nicht die freundschaftlichen Gefühle, die das russische Volk Amerika immer entgegenbrachte. Ich empfehle ohne Vorbehalt die Überlassung der überzähligen Verpflegungsbestände der Armee an die amerikanische Administration des Hilfswerkes für Russland, sowie die Zuweisung von 10 Millionen Bushels Korn.

Spanische Schlappe in Marocco.

Paris, 8. Dezember. Der Korrespondent des "Journal" bringt eine Reihe von Einzelheiten über die Katastrophe der spanischen Truppen in Marocco. Tausende von spanischen Soldaten wurden ermordet. Eine bedeutende Zahl geriet in Gefangenschaft. Die Mitglieder des Generalstabes verübten Selbstmord, um nicht in die Hände des Feindes zu fallen. General Navarro geriet in Gefangenschaft. Silvestro verübte Selbstmord. Seinen Leichnam hat man bisher nicht gefunden. Ein neues Expeditionskorps, 14 000 Mann stark, begab sich nach dem Ort Medina, um diesen zu erobern. Dieser Ort liegt 20 Kilometer von Melilla entfernt.

In Melilla, Madrid und ganz Spanien finden Kundgebungen statt, die die Regierung zu einer beschleunigten Aktion zwecks Befreiung der Gefangenen Abdul Karim auffordern. Aus Alhucemas wird berichtet, daß die Lage der gefangenen spanischen Soldaten jeden Tag bedrohlicher wird. Die Mauren haben schon viele Gefangene erschossen und drohen mit der Ermordung der anderen, wenn die spanischen Flieger ihre Lager bombardieren werden. In Madrid traf eine Delegation der Offiziers- und Soldatenfrauen ein, die die Regierung aufforderte, energische Schritte zu unternehmen, um die Gefangenen zu befreien. Abdul Karim teilte der spanischen Regierung mit, daß er ohne Gnade alle spanischen Gefangenen ermorden lassen wird, wenn die spanischen Truppen den Fluß Rera überschreiten.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberrecht 1918 durch Greiner & Comp., Berlin B. 80).

(7. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt).

Während er den Umstehenden einen Vortrag über die Pflichten eines Staatsbürgers in solchen Fällen zu halten begann, ging Frau Glössl eilig an die Nachbarswohnung, um den Gemeindefsekretär aus dem Schlaf zu trömmeln.

Fürs Leben gerne wäre sie dann selbst hinabgekehrt, um ja nichts von dem interessanten Ereignis zu versäumen; aber Mann und Bruder rieben ungeduldig nach dem Frühstück, weil sie in die Arbeit müßten.

"Denkt Euch — beim Großvater drüber ist eingebrochen worden!" berichtete sie den Männern aufgeregt, während diese hastig ihr verspätetes Frühstück einnahmen.

"So? Ist viel gestohlen worden?" fragte ihr Mann.

"Man weiß es noch nicht. Sie warten auf den Gemeindefsekretär."

Konrad Hercher stürzte seinen Kaffee hinab und stand auf. "Na, mittags wird man ja wohl alles erfahren. Komm, Anton, für uns ist's höchste Zeit zu gehen."

Eine Minute später machten sich beide Männer auf den Weg nach Ebenthal, weniger neugierig als Frau Glössl, die sich nicht entscheiden konnte, fortzugehen, ehe man etwas Gewisses wußte.

Siffl hielt noch immer seinen Vortrag. Justina flüsterte ihrem Mann leise zu: "Rimm Dich zusammen! Es brauchen Dir doch nicht alle Leute den gestrigen Rausch anzumerken. Wer weiß..."

Das Erscheinen des Gemeindefsekretärs ließ sie verstummen. Nun kam gleich ein amlicher Zug in die Sache. Schlazer ließ sich kurz Bericht erstatten, schickte einen Knecht fort, der die Anzeige beim Bezirksgericht machen sollte und bestieg dann die Leiter.

Die Reparationen und England.

Wie aus London gemeldet wird, hat Dr. Rathenau seine Rückreise verschoben, um das Ergebnis einer wichtigen Sitzung der englischen Finanzkommission abzuwarten, die gestern stattgefunden hat. Einzelheiten über die dabei gesetzten Beschlüsse liegen noch nicht vor. Nach einer Information des "Maien" soll die Finanzkommission sich mit der Absicht tragen, grundsätzlich einem Moratorium für Deutschland zuzustimmen. Der Beschluß würde zunächst noch die Billigung des englischen Kabinetts erhalten müssen. Wenn diese wahrscheinlich mit einigen Ergänzungen erfolgt sei, würde die Anregung der Reparationskommission überfaßt werden, die allein für die Prüfung und Weitergabe an die anderen Verbündeten zuständig sei.

Unzutreffend ist jedenfalls, daß Rathenau bei seiner Rückkehr nach Berlin wenigstens über die beabsichtigte Stellungnahme der englischen Regierung zu der Gewährung eines Moratoriums oder einer Anleihe für Deutschland genaue Informationen mitbringen wird. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß dieser englische Standpunkt gleichbedeutend mit der endgültigen Entscheidung der vorliegenden Frage zu sein braucht. Die Ausführungen des "Maien" lassen ebenso wie der Leitartikel der meisten übrigen Pariser Zeitungen erkennen, daß man in Frankreich jede Übergehung der Reparationskommission sorgfältig zu verhindern beabsichtigt, weil diese Kommission das Instrument ist, auf das Frankreich verhältnismäßig sehr starken Einfluß ausübt, und mit dem es bisher fast alles hat durchsetzen können, was es wollte.

Furchtbare Explosionskatastrophe in der Dynamitsfabrik Saarwellingen.

Saarbrücken, 7. Dezember. (Tel.-Un.) In der Saarwellinger Dynamitsfabrik, vormals Nobel u. Co., explodierte am Mittwoch kurz vor 12 Uhr ein Ölbehälter. Die Rettungsarbeiten für die unter den Trümbern liegenden Arbeitern konnten noch nicht aufgenommen werden, da mit neuen Explosionen zu rechnen ist. Infolge der Detonation sind die Fensterscheiben in der ganzen Gegend zerstört. Eine große Anzahl leichtverletzter konnte sich aus den brennenden Werkstätten retten, während unter den Trümbern noch etwa 100 Tote begraben sein sollen.

Das Unglück entstand durch die Explosion eines Nitroölförversuchs. Beim Versuch, das Feuer zu löschen, erfolgten weitere Explosionswellen, die schwere Verstümmelungen anrichteten. Im Augenblick der Explosion befanden sich etwa 120 Arbeiter in dem Fabrikgebäude, von denen eine Anzahl leicht verletzt flüchtete. Das Feuer konnte am Nachmittag gelöscht werden. Bisher sind 13 Tote geborgen. Es muß mit einer größeren Anzahl von Toten, etwa 80, gerechnet werden. Der Materialschaden ist ungeheuer. Das Fabrikgebäude ist ganz zerstört. Auch die umliegenden Gebäude wurden schwer beschädigt. Auf die Nachricht von der Explosion begaben sich der Präsident der Regierungskommission und verschiedene Mitglieder der Kommission zur Unfallstelle. Der Präsident übergab dem Bürgermeister von Saarwellingen im Namen der Regierungskommission 40 000 M. zur Verteilung an die vom Unglück betroffenen Familien. Der Präsident beauftragte den Bürgermeister, der Bevölkerung die Teilnahme der Regierungskommission auszudrücken. Beim Bürgermeister wurde eine Sammelstelle eingerichtet. Auch die "Saarbrücker Zeitung" hat eine Hilfsaktion eingeleitet.

Weiteres zur Saarwellinger Explosion

Saarbrücken, 7. Dezember. (Tel.-Un.) Bei der Fabrik der Firma Dynamit-Altona-Gesellschaft vormals Alfred Nobel & Co. in Saarwellingen handelt es sich um eine Zweigfabrik der bekannten Dynamit-Altona-Gesellschaft, die infolge Überganges der fiskalischen Kohlengruben an der Saar in französische Verwaltung an die Agence Française Saarais d' Explosives Nobel in Saarbrücken auf eine Reihe von Jahren verpachtet worden ist.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die Weißselkontrolle vor dem Völkerbund. Die polnische Republik hat an den Völkerbund appelliert gegen die Entscheidung des Danziger Oberkommissars Hatting, der die Weißselkontrolle im Danziger Freistaat dem Hafenausschuß und nicht der polnischen Regierung übertragen hat. Dieser Appell wird, wie wir hören, auf die Januar-Tagesordnung des Völkerbundrates gestellt werden.

Der italienisch-russische Handelsvertrag gescheitert. Der Minister des Außenwesens Torretta teilte in der Kammer mit, der italienisch-russische Handelsvertrag sei unmittelbar vor dem Abschluß gescheitert, weil die Russen die politische Anerkennung der Sowjetregierung und die Nichtanerkenntnis der allrussischen Botschaft in Rom forderten, was Italien unannehmbar fand.

Herr Brintner, Sie kommen mit mir, damit wir uns zwei sind, falls der Einbrecher noch nicht fort ist. Hoffentlich ist dem alten Herrn selbst nichts geschehen. Er schlafst wohl im andern Zimmer?

"Ja. Und die Tür ins Wohnzimmer sperrt er nachts immer ab," antwortete Justina.

Die Männer stiegen durch das Fenster in das Wohnzimmer. Es war inzwischen heller geworden, und schon der erste Blick bestätigte dem Gemeindefsekretär, daß hier ein Einbruch stattgefunden hatte. Sämtliche Ladern und Schränke standen offen, ihr Inhalt war durcheinandergerührt, zwei Stühle lagen umgestürzt.

Aber noch etwas anderes enthüllte das Tageslicht. Beide Männer sahen es mit Grauen und wichen unwillkürlich einen Schritt zurück. Die Tür zum anstoßenden Schlafzimmer stand offen, und auf der Schwelle lag der alte Brintner lang ausgestreckt in seinem Blut, mit Stichwunden im Gesicht und an der Brust.

Im Schlafzimmer, dessen Fenster noch verbunkert waren durch die herabgelassenen Vorhänge, brannte, dem Verlöschen nahe, ein Nachtlicht. Sonst war dort alles in Ordnung.

Auf einer Truhe im Wohnzimmer lagen zwei Sparbücher und eine Lebenspolice, die Blutslecken aufwiesen.

Der Gemeindefsekretär bemerkte, daß die Waffe, mit der Brintner erstochen worden war, allem Anschein nach fehlte. Jetzt sah er sich nach dem Sohn des Ermordeten um.

Der stand faul und reglos, auf die Tischplatte gestützt da und blickte unverwandt auf den Toten.

Schlazer klopfte ihm mitteldrig auf die Schulter.

"Nicht, gar so verzagt sein, Brintner! Es ist ja schrecklich — der arme, alte Herr, so rüstig noch und dieses Ende! Aber — hm — man muß sich eben ergeben in des Herrgotts Willen. Zu machen ist da nichts mehr. Nur den

Ententeübergriffe im besetzten Gebiet.

Duisburg, 8. Dezember. (Tel.-Union) Wie die "Bergische Zeitung" meldet, hat der Obersdelegierte von Duisburg anscheinlich in Ausführung einer am 5. September erlassenen Verfügung, daß in Zukunft nur die Anstellung von Beamten aus dem besetzten Gebiet der Rheinprovinz bestätigt werden könnten, die Genehmigung zur Anstellung des Volkschullehrers August Otto aus Templeburg und der Gewerbeschullehrerin Else Neumann aus Berlin verfogt. Wie bekannt ist, wurde seinerseits seitens der Reichsregierung bei den Regierungen der Besatzungsmächte gegen diese eigenmächtige Verfügung des Obersdelegierten Protest eingereicht. Eine Antwort steht zurzeit noch aus. Auch in diesem besonderen Falle sind bereits Gegenmaßnahmen ergriffen worden. Es ist zu hoffen, daß die deutsche Regierung an Hand dieses Sonderlasses Gelegenheit nehmend wird, erneut bei den Verbündeten vorstellig zu werden, da sich das Deutsche Reich derartige Eingriffe in seine Verwaltung, die jeder rechtlichen Grundlage entbehren, nicht länger dulden lassen kann.

Wie mit den deutschen Ansiedlern verfahren wird.

In Sotschin, Kreis Bnin, hat ein gewisser Emil Pommerehne seit vier Jahren die 18 Morgen große, ansiedlungsfähige Schmiedestelle in Pacht. Die Pacht läuft noch zwei Jahre. Vom Gemeindeiland hatte P. noch 26 Morgen zugepachtet. Auf diesen insgesamt 44 Morgen hielt P. 2 Pferde, 2 Hunde, 4 Stück Rindvieh und mehrere Schweine. Von der gesamten Ernte hat P. erst 48 Rentner Getreide verkauft. Am 17. 10. erhielt nun P. vom Liquidationsamt die Mitteilung, daß er die Wirtschaft bis zum 1. 12. d. J. zu räumen habe. Gegen diese Aufforderung hat P. Einspruch eingelegt. Schon vor der Räumungsaufforderung — nämlich unter dem 12. Oktober — hatte aber P. vom Starosten in Bnin die Weisung erhalten, nichts von seinem lebenden und toten Inventar zu entfernen, auch von der Ernte nichts zu verkaufen, währendfalls er hohe Strafen zu gewärtigen hätte. Gleichzeitig wurde ihm das Gemeindeiland abgenommen, und es wurde ihm eine Zwangsauflösung bestellt. P. muß also auf der jetzt nur 18 Morgen großen Wirtschaft — im Interesse der Volksnahrung! — daß dafür viel zu viel großer Inventar weiterhalten, und die für die verbliebenen 18 Morgen nicht benötigte Ernte von 44 Morgen darf nicht der Allgemeinheit zugeschrieben werden, sondern muß auf der Wirtschaft verbleiben. Natürlich, — denn trotz des von P. gegen die Räumungsverlangen erhobenen Widerstands ist die Stelle schon an einen Ansiedlungsbeamten verkauft worden! P. ist ebenso wie seine Frau hier geboren; desgleichen sein Vater und Großvater. Weiter zurück weist P. in seiner Familiengeschichte nicht Beerd. Da aber der Großvater im Jahre 1802 hier geboren wurde, wird der Urahn, falls er nicht selbst dem Lande entstammte, jedenfalls schon Ende des 18. Jahrhunderts hier gelebt haben. Also der Nachkomme einer Familie, die hier weit länger als ein Jahrhundert Heimatrecht besitzt, wird aus seinem Besitz geschieden wie ein lästiger Ausländer! Und so wie Pommerehne geht es hundert und überhundert anderen, die hier ihre Heimat haben, und die, wenn sie als Flüchtlinge herüber nach Deutschland kommen, dort ebenso fremd unter Fremden stehen, als wenn sie nach Brasilien oder Chile gingen. Das ist der Typ der "Horbommlinge", der "Fremdlinge", die nach Auffassung des Ministerpräsidenten und des "Dziennik Poznański" in konsequenter Durchführung des Versailler Vertrages von ihren Höfen gejagt werden dürfen! Nein, und zehnmal Nein — kein Sterbenswörthige ist im Friedensvertrage davon gesagt, daß diese Deutschen, die in Westpolen mehr Heimatrechte haben als ein großer Teil der hier aus Kongreppen und Galizien zugewanderten, fürgewandt um ihre Gürteng verbracht werden dürfen. Nicht darum geht es, wie das der "Dziennik" seinen Lesern weißmachen will, daß die Eingabe des Deutschenbundes an den Völkerbund die Freistellung reichsdeutscher Vermögen von der Liquidation erwirken sollte, sondern um die Fernhaltung der Liquidation — und noch schärfer, über Liquidationsmaßnahmen hinausgehender Eingriffe in das Eigentum — von den Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit. Die Tatsache, daß die Höfe, gegen deren Räumung die Inhaber ausdrücklich protestiert haben, schon ganz munter an Polen weiterverkauft werden, zeigt, wie dringend notwendig es war, den Schutz des Völkerbundes anzurufen.

Deutschenhass und Wohlthätigkeit.

Gegenwärtig veranstaltet das polnische Rote Kreuz Sammlungen zugunsten der Invaliden der polnischen Armee. Die Sammler traten auch an deutsche Bürger heran, — und nicht erfolglos: uns ist bekannt, daß in einem Hause in Posen der einzige deutsche Mieter bereitwillig 1000 Mark gab, während kein einziger der polnischen Bewohner des Hauses seine Tasche aufknöpfte. Wie ist nun angesichts der Tatsache, daß auch Deutsche zur Beteiligung an der Wohlthätigkeit herangezogen werden und ihr Scherlein (von 1000 Mark aufwärts) dazu geben, der folgende Sammlungsauftruf in einem der polnischen Kreisblätter in unserer Wojewodschaft zu nennen: "Der Preuß unterdrückt Dich, sieg! Dir das Bajonet in die Brust, die Kugel Deinem Bruder, er kannte kein Mitteld, er trieb Dich in die Hölle des Krieges mit dem

Mörder finden — das muß jetzt unsere Hauptaufgabe sein. Sagen Sie mal, Brintner" — des Gemeindefsekretärs Stimme wurde leiser — "haben Sie auf jemand Verdacht?" Andres sah verwirrt auf. Dann schüttelte er stumm den Kopf.

"Na, dann gehen Sie jetzt wieder hinaus. Ich seh's ja, daß es Sie stark mitgenommen hat. Ich warte hier auf die Kommission vom Bezirksgericht."

Andres stieg zum Fenster hinaus, während Schlazer über seine Schulter hinweg den Leuten draußen Mitleidung von dem Geschehenen machte und ersuchte, man sollte schleunigst auch die Gendarmerie verständigen, den Gemeindearzt rufen und Botschaft aufs Bürgermeisteramt tragen.

Andres wurde mit Fragen bestürmt, aber er blieb stumm.

"Lahst mich in Ruhe," murkte er und setzte sich auf die Haustreppe, den Kopf in die Hände, die Ellbogen auf die Knie stützend. "Mir ist übel. Das viele Blut..."

Die Leute, die Klagen und Tränen erwartet hatten, sahen einander enttäuscht an. Besonders da auch Justina sehr bleich war, aber anscheinend ruhig dastand.

"Wenn sie ihn schon nicht gemocht haben," flüsterte die Hucker dem Flickschuster zu, "so gleichgültig brauchen sie nicht zu sein. Der arme, alte Mann!"

Dann erinnerte sie sich an ihre Verpflichtungen und machte sich davon. Hui, in der Sonne würden sie Augen machen, wenn sie heute mit solchen Neuigkeiten kam!

Der Platz vor dem Hause füllte sich immer mehr. Wer irgend konnte blieb hier stehen, um das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten, die unter Führung des Bezirksrichters, den Arzt und Gemeindeforstand begleiteten, eben stattfand.

Von Titus Kochl, dem Gemeindebürgermeister, würde man ja vielleicht einiges erfahren... (Fortsetzung folgt.)

Posener Tageblatt.

Grundsatz, je weniger Polen, desto weniger und kleiner ist Polen. Er hieß in Stücke, riss Niemen aus dem lebenden Körper des Volkes. Seine Krieg und Herz, hilf den Invaliden, zahlre zu dem Fonds des Komitees für polnische Invaliden!?

Die Schläge ist klar: der Deutsche hat das Recht zu zahlen, und die Pflicht, sich beschimpfen zu lassen. Oder umgekehrt. Wie man will.

16. Provinzialsynode.

epv. Posen, 9. Dezember.

In der Schlussitzung wurden noch folgende bedeutsame Beschlüsse einstimmig gefasst, deren Wortlaut uns soeben bekannt wird. Das Ministerium hatte durch eine Verordnung vom 8. Juli 1920 die für sich Gesetzeskraft in Anspruch nahm, einseitig von sich aus ohne jede Mitwirkung der Anordnungen über eine etwaige Erweiterung des Konsistoriums durch staatliche Stellen und über andere innerkirchliche Angelegenheiten getroffen. Die Synode nahm dann in folgender Weise Stellung:

Synode hat mit größter Beunruhigung und mit Befremden von der Verordnung des Ministeriums des ehemals preußischen Anteils vom 8. Juli 1920 (Dziennik Urzędowy Ministerstwa bylej dajejnicz pruskiej vom 15. Juli 1920 Nr. 35) Kenntnis genommen.

Sie stellt fest, daß nach der Absicht des Ministeriums durch einen reinen Staatsakt bindende Vorschriften über die Verfassung der unierten evangelischen Kirche erlassen werden sollen, ohne daß zuvor irgendein Organ der Kirche, welches es auch sei, davon Kenntnis gehabt, gesetzweise denn seine Zustimmung gegeben hätte. Sie stellt weiter fest, daß keine die kirchliche Verfassung ändernde Anordnung ohne Synodale Mitwirkung erfolgen kann.

Wiederum erfüllt es sie, daß das Ministerium auch in dieser Angelegenheit einen Weg eingefügt hat, der jede Möglichkeit der Verhinderung ausschließen müßte. Und sie aus diesem Anlaß ihre warnende Stimme erhebt, dankt sie dem Herrn Generalsuperintendenten, dem Evangelischen Konsistorium und ihrem Vorstande, daß sie für die Rechte der Kirche eingetreten sind.

Sie billigt ihr Verhalten und bittet und ermahnt sie, auch fernerhin bedacht zu sein, wie sich unsere teure evangelische Kirche in diesen Zeiten durch alle Gefahr und Not leiten lasse und, wenn es einmal not tun sollte, als treuer Wächter dafür zu stehen, daß ihre Würde, Verfassung, Unabhängigkeit und Freiheit ungeschmälert bleibt.

Entsprechend den Gerechtsamen, welche der unierten evangelischen Kirche zukommen mit den andern evangelischen Kirchen in Artikel 115 der Staatsverfassung und ihrer besonders in dem Minderheitensatz vom 26. Juni zugestellt sind.

Außerdem wurde unter lebhafter Zustimmung auf Antrag des Verfassungsausschusses folgende Vertrauenskundgebung für das Konsistorium beschlossen:

Synode fühlt sich gebunden, dem Evangelischen Konsistorium für seine unermüdliche und hingebende Arbeit und sein manhaftes Eintreten für unsere unierte evangelische Kirche in Polen ihren wärmsten Dank und ihre volle Anerkennung auszusprechen.

Die feste und zielbewußte Art, mit der das Evangelische Konsistorium und seine einzelnen Mitglieder trotz vieler Hindernisse und Übermächtigkeiten die Rechte unserer Kirche gewahrt und alles nur Mögliche zur Sicherung ihrer Zukunft getan hat, gibt uns das volle Vertrauen, daß die Leitung und Verwaltung unseres Kirchenwesens in den zuverlässigsten Händen liegt.

Synode stellt sich jetzt und für die Zukunft ganz hinter das Evangelische Konsistorium und wird auch in Nöten und Gefahren zu ihm stehen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 9. Dezember.

Stadtverordnetenversammlung.

Die letzte Stadtverordnetensitzung am Mittwoch abend wurde vom Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski um 8½ Uhr mit der Verlesung einer Eingabe des Teatr Narodowy (Nationaltheater) an den Magistrat eröffnet, in der es als Kulturräger und Pfleger des nationalen Geistes um Befreiung von der Theatersteuer bittet. Da dieses Theater, wie alle Theater mit Defizit arbeitet, so ist ihm vom Ministerium eine allerdings geringe Unterstützung bewilligt worden. Da das Theater die Steuern nicht zu zahlen vermag, so ist ihm mit Pfändung gedroht worden.

Im der Beisprechung der Eingabe erklärt Stadt. Budziński: Ein solches Vorgehen beruht entweder auf einem Missverständnis oder auf falscher Taktik. Der verhinderte Stadtpräsident hätte den Knoten zerhauen und gefragt, daß das Theater drauf die Steuer nicht zu zahlen. Der Vizepräsident Dr. Kiedacz ist dagegen anderer Ansicht und schlägt eine andere Taktik ein. Ein Theater, wie das Teatr Narodowy ist notwendig, um das Volk durch Anschauen von Volksstücken auf die große Kunst überzuleiten. Der Stadtpräsident Dr. Węgierski hat ausdrücklich folgendes erklärt: Wenn Theater und Kunstmäzen kulturellen und nationalen Zwecken dienen, so sind sie von jeglicher Steuer befreit. Der in Frage kommende Magistratsdecreme müßte Einsicht in die Einnahmen des Theaters nehmen und das Defizit durch Steuererhebung von anderen Vergnügungssteuern decken. Er bitte, die Angelegenheit auf ¼ oder ½ Jahr zu vertagen, damit keine Pfändung des Theaters vorgenommen wird, wie es bereits geschehen ist.

Stadt. Sieradzki: Das Bestehen eines solchen Theaters ist durch Fachleute und Künstler als Notwendigkeit bezeichnet worden. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß gerade in Arbeitervierteln der Wunsch rege ist, das Theater zu besuchen, die Erfüllung dieses Wunsches ist diesen Kreisen infolge der hohen Eintrittspreise versagt. Um dem entgegenzusteuern, ist das Theater dazu übergegangen, Soldaten und unbemittelten Volkschichten durch ermäßigte Eintrittspreise (25 v. H.) Zugänglichkeit zu vermitteln.

Stadt. Wubelski: Der Antrag von Steuerbefreiung müßte der Konkurrenzunternehmen wegen abgelehnt werden. Er glaubt, daß der Stadt andere Steuerquellen zur Deckung des Ausfalls beim Teatr Narodowy zur Verfügung hat. Er erinnere nur an die Kinematographen.

Vizepräsident Dr. Kiedacz: Wenn man die vorgelegte Interpretation berücksichtigen wollte, so müßte man in gewissem Sinne auch den Kinos als Leistungsinstitution die Steuerbefreiung bewilligen. Ich erkenne eigentlich den Einfluß und die Verdienste dieses Theaters an, bestehen sollten nur Bühnen für höchste Kunst und Liebhaberbühnen. Das Teatr Narodowy hat seine übernommene Aufgabe bisher nicht erfüllt, kann sein, daß es jetzt einen andern, besseren Weg beschreiten wird.

Stadt. Grzegorewicz: Die Deutschen betrachteten es als ihre Aufgabe, durch Theater und Kunstmäzen den deutschen Geist zu pflegen und einzupflügen; ein Gleichtes müßten wir jetzt tun und Bücher wie Theaterpreise in angemessenen Grenzen halten. Im Teatr Narodowy habe ich gerade einen regen Besuch unserer Jugend festgestellt.

Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski wünscht eine Änderung des betreffenden Gesetzes oder aber die Einbringung eines Antrages um Steuerbefreiung. Am besten wäre es, den Rechtsausschuß zu befragen, ob eine Steuerbefreiung möglich sei.

Stadt. Bane müncht Vertragung für eine Woche, Einführung der Steuer und Unterstützung des Theaters; auf diese Weise kann die Änderung des Gesetzes umgangen werden.

Stadt. Budziński beantragt Abstimmung durch die Stadtverordnetenversammlung und bringt selbst den Antrag ein, dem

Theater die Steuer zu erlassen. Dem Rechtsausschuß könne die Sache immer noch vorgelegt werden.

Vizepräsident Dr. Kiedacz ist gegen diesen Antrag und für die Überweisung der Angelegenheit an den Rechtsausschuß.

Darauf wurden zwei Anträge angenommen: a) Die Steuer nicht einzuziehen und b) die Pfändung bis zur Entscheidung durch den Rechtsausschuß einzustellen.

Nunmehr trat man in die Beratung der Tagesordnung ein. Die Wahlen von Armenräten, eines Mitgliedes der Stadtverordnetenversammlung zum Staatsseisenbahnrat, die Anstellung des Direktors der Elektrizitätswerke Koźniewski, die Anstellung des Veterinärarztes Mrozik, die Pension für die Familie eines verstorbenen städtischen Arbeiters und die Annahme einer Stiftung für die Armen der Stadt Posen wurden glatt erledigt.

Der folgende Punkt behandelte die Bewilligung einer Rente für die Hinterbliebenen des verstorbenen Stadtpräsidenten Dr. Węgierski. Der Verstorbene hätte Anspruch auf die unrechnung 25jährigen Dienstzeit. Der Magistrat hat ihm 20 Jahre angerechnet und schlägt vor, für die Witwe und zwei Kinder des Verstorbenen 70 000 M. (monatlich?) zu bewilligen. Weiter lag ein Antrag um Bezahlung der Kurosten für den Verstorbenen bei. Beide Anträge wurden ohne Widerspruch der Versammlung angenommen.

Die längste und lebte Aussprache des Abends brachte Punkt 10 der Tagesordnung: Verlängerung des städtischen Gesetzes bezüglich der Aufenthaltsgenehmigung in Posen.

Stadt. Budziński verlas die 18 Paragraphen dieses Gesetzes, das nur durch Sejmbeschluß eine Änderung erfahren darf. Dieses Gesetz, so führt der Antragsteller aus, wird ebenso vom Mieter, Vermieter, wie auch vom Mietseingangsamt umgangen. Ich nenne u. a. folgendes Beispiel:emand ist Besitzer einer fünfzimmerwohnung in Winnach und bekommt auf Wunsch hier in der Stadt Posen eine gleich große Wohnung zugewiesen. Es handelt sich in diesem Falle um den Rektor der dortigen Schule. Ein solches Vorgehen bedeutet einen Formfehler des Mietseingangsamtes. Die Beamten des Mietseingangsamtes sind die Hüter des ihnen belasteten Gesetzes und vergehen sich gegen diese Gesetze. Wozu haben wir denn diese Gesetze, wenn sie nicht befolgt werden? Der Redner stellt den Antrag, einen Ausschuß zur Prüfung der einzelnen Fälle zu wählen.

Stadt. Busek: Herr Nowicki steht und verteidigt seine Beamten in allen Fällen; ich beantrage ebenfalls die Bildung einer Kommission, die das Material prüfen und die Beamten verhören soll. Wenn der Beamte weiß, daß er kontrolliert wird, so wird er sich vor Übergriffen hüten.

Stadtrat Nowicki: Gegen die Bildung einer Kommission habe ich im allgemeinen nichts einzutragen. Das Mietseingangsamt hält sich in seinem Vorgehen an die bestehenden Gesetze. Wenn durchaus eine Kommission gewählt werden muß, so sollte diese sich an den Sejm wegen Änderung des Gesetzes wenden. Die Herren können sich durch Einsichtnahme in das Material davon überzeugen, daß keine Übergriffe vorkommen, sondern daß in jedem Falle streng nach dem Gesetz vorgegangen wurde. Es geht hier darum, diese Angelegenheit vor dem 31. d. Ms. zu erledigen, da das Gesetz verlängert werden soll. Das Gesetz richtet sich gegen die Einwanderung von Personen, die hier nichts zu tun haben. Wir haben hier 4000 Arbeiter ohne Beschäftigung und können keinen neuen Menschenauftrom aus der Provinz gebrauchen. Nach der Verfassung ist das Bestehen von städtischen Gesetzen zum Schutze der städtischen Interessen zulässig.

Stadt. Busek: Wir müssen darauf achten, daß der Handel durch hermetische Abschließung keinen Schaden erleidet.

Stadtrat Nowicki: Wenn wir heute mit der Wohnungsnot kämpfen, so geschieht das deshalb, weil Maffen von Personen hier bereikommen, die Beamtenstellen annahmen, nur um Wohnung zu bekommen, und die dann die Beamtenstellen durch Übertritt in Privatbetriebe aufzugeben. An eine Abhilfe der Wohnungsnot ist nicht zu denken, ehe nicht mit dem Bau von Wohnungen begonnen wird.

Stadt. Budziński: Wenn ein Jude kommt, so erhält er sofort Wohnung, aber andere, die schon 1½ Jahre herumlaufen, gehen leer aus. Ein Schutz vor Übergriffen ist notwendig, womöglich eine Wache mit gutem Gewehr. (Betrifft: Maschinengewehr.) Es kommt vor, daß ein Abstand von 5000—10 000 M. für eine Wohnung gefordert und gegeben wird.

Stadt. Topolski: Die Militärbehörden traten an ihre demobilisierten Truppen, die in Kasernen wohnen, mit der Auflösung heran, die Wohnungen in den Kasernen zu räumen, und drohen sogar mit Egmission, wenn die Wohnung nicht in 24 Stunden verlassen wird. Man will diese Leute mit ihren Familien in die Forts von Racławice schicken, das zwei Stunden von Posen entfernt liegt. Dort mutet man den Leuten zu, mit Mäusen und Ratten zusammenzuhauen. Soll denn Posen nur Beamtenstadt sein und der Arbeiter nicht das Recht haben, hier zu wohnen? Der Besitzer einer großen leeren Wohnung, in der zwei Räume standen, forderte ½ Million Entschädigung für Abtretung der Wohnung. In der ul. Wołoska 16 und 17 (fr. Breslauerstraße) stehen ebenfalls Wohnungen leer. Wenn diese dem Magistrat gehören, warum stellt er sie den Wohnungslosen nicht zur Verfügung? Was gedenkt der Magistrat mit den aus den Kasernen herausgewiesenen ehemaligen Soldaten zu tun?

Stadt. Dr. Stark: Überall werden Fehler gemacht, nur nicht im Mietseingangsamt. Wenn Herr Nowicki keinen guten Willen zu Änderungen zeigt, so sieht das aus, als wenn er uns auslachen will. Zeigen Sie mir ein Gesetz, nach dem es gestattet ist, Wohnungsräumung mit Revolvern zu erzwingen. Das Amt geht mit Gewaltmaßnahmen vor.

Stadt. Ballenstedt: Wenn Herr Nowicki immer sagt, es sei alles in Ordnung, so können keine Reformen geschaffen werden.

Stadtrat Nowicki: Die Klagen werden so lange die alten bleiben, ehe keine Änderung des Gesetzes erfolgt. Der Antrag des Stadt. Topolski unterliegt nicht dem Mietseingangsamt. Wenn diese Leute demobilisiert wurden, so müssen sie auch die Wohnung räumen und von der Militärbehörde Wohnung in der selben Gemeinde zugewiesen bekommen. Dass die Wohnungsverhältnisse immer schlechter werden, wissen wir, aber wenn Fälle vorkommen, daß die Haarbeiter streiken und der Wohnungsbau um 5 Wochen unterbrochen wird, dann kann es nicht besser werden.

Darauf läuft der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Grzegorzevicz, der inzwischen den Vorstand übernommen hat, über zwei Anträge abstimmen, von denen der erste die Verlängerung des Gesetzes, der zweite die Wahl einer Prüfungskommission betrifft. Beide Anträge wurden angenommen.

Stadt. Busek: Der Begriff Neorganisation ist sehr weitgehend, und man weiß nicht, was man sich darunter vorstellt.

Stadt. Ballenstedt: Ich nannte die Namen der Beamten, deren Entlassung erwünscht wäre.

Vizepräsident Dr. Kiedacz: Der genannte Herr befindet sich schon seit einem halben Jahre nicht mehr im Mietseingangsamt. (Gesichter: Aber er ist wo anders tätig.)

Stadt. Ballenstedt: Alle Anträge zu Händen des Vorstandes müssen zur Abstimmung vorgelegt werden.

Stadt. Ballenstedt zieht darauf seinen Antrag zurück.

Stadt. Busek: Vielmehr hat das Elektrizitätsamt gerade in den wichtigsten Betriebsstunden versagt, so daß durch größere Schäden entstanden; er bitte den Magistrat, Schritte zu unternehmen, um solche Fälle in Zukunft zu verhindern.

Vizepräsident Dr. Kiedacz führt die Vorgänge auf Ver sagen der Luftpumpe, Beschädigung von Maschinen usw. zurück.

Darauf wird die Sitzung um 9½ Uhr geschlossen.

Ein polnisches Konsulat für Memel.

Der bisherige polnische Gesandte in Wien, Dr. Szarota, ist zum Konsul in Memel ernannt worden.

X Die Provinzial-Notgeld-Gutscheine über 5, 10 und 20 Mark verlieren mit Ablauf dieses Monats unwiderrücklich ihre Gültigkeit.

Deutscher Naturwissenschaftlicher Verein. Am Dienstag, dem 18. Dezember, abends 8 Uhr, wird im Below-Knothen-chen-Haus der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein seine monatliche Sitzung halten. In ihr wird Herr Tierarzt Dr. Siedler den angekündigten Vortrag über „Unsere Natur und ihre Beziehungen zur heimischen Tierzucht“ halten. Der Vortrag wird gleichzeitig als erster der Einzelvorträge im Rahmen der volkstümlich-wissenschaftlichen Vorträge stattfinden. Der Eintritt ist für jedermann frei.

X Selbstmord eines Ehepaars. Heute Nacht wurde das Nickerliche Ehepaar in seiner Wohnung Góra Wilda 111 (fr. Kronprinzenstr.) tot aufgefunden. Es hatte vermutlich durch Vergiftung Selbstmord verübt; nähere Einzelheiten siehen noch nicht fest.

X Einbruchsdiebstahl. Aus einer Wohnung des Hauses ulica Szamarzewskiego 15 (fr. Kaiser Wilhelmstr.) wurden durch Einbruch eine goldene Damenuhr mit den Buchstaben S. N., eine goldene Damenuhrkette und zwei goldene Armbänder im Gesamtwert von 100 000 Mark gestohlen.

X Czarnikau, 8. Dezember. Ihr 75jähriges Geschäftsjubiläum konnte dieser Tage die Firma J. Deich Buchhandlung und Buchbinderei, Inhaber Alexander Deich, begehen.

* Nowoclaw, 8. Dezember. Der „Kur. Bote“ berichtet: Aus einem Geldkasten im hiesigen Postamt ist in der Nacht zum Montag auf geheimnisvolle Weise der Betrag von rund 120 000 Mark verschwunden. Da der Geldkasten keine Beschädigungen aufweist, ist anzunehmen, daß der Dieb mit einem Nachschlüssel den Schrank geöffnet und nach der Entnahme des Geldes wieder geschlossen hat. Es sind energische Nachforschungen nach dem Täter im Gange.

Aus dem Gerichtssaal.

□ Goleniów, 8. Dezember. Zu 310 000 Mark Geldstrafe verurteilte die hiesige Straffammer die Rittergutsbesitzerin Frau Buzekiewicz, Chefin eines früheren Posener Fleischermeisters, Besitzerin des Rittergutes Wisniewo im Kreise Wongrowitz, wegen verüchter Verkaufs beschlagnahmten Getreides. Sie wird demnächst auch wegen Beamtenbedeutigung gegen einen Beamten des Wongrowitzer Bucheramts zu verantworten haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Anzeige der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	9. Dezember	6. Dezember
Bank Bielska I—IX em. (ungef.)	220 +A	220 +A
Bank Handlowy Poznań I—VIII	360 +A	360 +N
Bank Handlowy Warszawa	450 +N	—
Bubań	600 +A	600 +N
R. Bartłomiejski I—IV em.	—	—
R. Bartłomiejski V em.	155 +A	155 +A
Centrala Skór I—III (erl. Bez.)	320 +	320 +N
Centrala Rolników I—IV	180 +N	145 +A
Dr. Roman Maj III	—	450 +
IV	390 +A	400 +A
Pozn. Spółka Drzewna	1100 +N	1100 +
Cieglisko I—VII em.	190 +A	195 +A
Wytwarznia Chemiczna I—II</		

Statt besonderer Anzeige!

Am 7. Dezember, nachmittags entschlief sanft nach kurzen Krankenlager mein guter Mann, unser lieber Vater, Großvater, Urgroßvater, Schwiegervater und Onkel.

Gottfried Stieler

im Alter von 80½ Jahren.

Dies zeigen in Trauer an:

Karoline Stieler,

L. Fehner,

Berta Fehner, geb. Stieler.

Die Beerdigung findet am 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause in Słonawy (Rodenstein) aus statt.

[4219]

Bekanntmachung.

Die Umlaufzeit für die Provinzial-Notgeld-Gutscheine über 5, 10 und 20 Mark endet unverzüglich am 31. Dezember 1921.

Poznań, den 3. Dezember 1921.

Starosta Kraju.

Französische Konversation
durch französischen Akademieprofessor.
Neue Kurse vom 4. Januar 1922 ab.
Sprechzeit des Schulleiters, Poznań, ul. sw. Wojciech 29,
von 2–3 und außnahmsweise von 7–8 Uhr.
Schulhaus im Zentrum der Stadt.

**Von der Reise zurückgekehrt
Oskar Schmidtke,**

Dentist.

Aleje Marcinkowskiego 16, Gde sw. Marcin.

Buchdruckerei M. Krueger

Szamotuły-Samter

Telephon 13 Gegr. 1849 Telephon 13
Ausführung sämtlich Buchdruck-
arbeiten für Behörden, Industrie,
Handel und Gewerbe [4211]

Metallgiesserei Szamotuły

ulica Ratuszowa Nr. 3
Austührung aller Arbeiten aus
eigenem u. geliefertem Material
— Annahmesämtl. Maschinenteile
u. Motorwellen usw. z. autogenen
Schweißung bei fachmännischer
Ausführung Hochachtend [4212]

Lernaciński & Staniszewski, Szamotuły

**Getreide :: Sämereien
Kartoffeln: Stroh: Wolle
Dole :: Maschinen
Zement :: Dachpappe
Textilwaren**

**Landwirtschaftl.
Hauptgesellschaft**
T. z. o. d.

Poznań, ulica Wjazdowa 3.
Telephon 4291.

Gelegenheitskäufe!

1 Weber'sche Düngermühle,
1 Kartoffel- und Rübenwäsche,
1 Delikuchenbrecher „Rekord“,
für Kraftbetrieb,
1 verzinktes Wasser- und Zantheschäf
mit Verteiler ca 800 Liter Inhalt, 2 m lang,
70 cm Durchmesser.

1 Wiesenegge.

Paul Seler, Masch.-Fabrik, Poznań,
ulica Przemysłowa 28. [4194]

Mütter! Denkt daran, dass einzige und
wirksam für Kinder nur
Szofman's Puder Bébé,
ersten Erfindens ist. Alles andere ist Nachahmung.

Wir liefern noch zu äußerst günstigen Preisen sofort ab Lager:
Breitdreschmaschinen, ganz aus Eisen, mit Augel-
lager — Göpel — Häckselmaschinen — Kreissägen —
Bäddsen — Strohschneider — Füllerdämpfer — Kar-
toffelquetschen — Kartoffelsortier-, Pfanzloch-, Kar-
toffelwaschmaschinen — Zanhesäßer und Pumpen —
Gras- und Getreidemäher — Getreidereinigungs-
maschinen mit bewegl. Untersieb — Stiftendrescher —
Kartoffelgräber — Heurechen — Separatoren —
Buttermaschinen — Spinnräder — Pflüge — Kulti-
vatoren — Eggen — Walzen — Hufeisen — H- und
Keilstollen — Husnägel — Draht- u. Dachpappnägel
— Kammzwecken — Zinkeimer — sämliche Pflug-
und Reserveteile — alle Sorten Dole und Fette —
Verpackungen.

MECENTRA (Maschinen-Zentrale)

Poznań 3, ulica Zwierzyniecka 13.

Eigene Maschinenfabrik u. Reparatur-
werkstätte in Miedzychód.

[4206]

elcher Pole in
Deutschland auch
geg. ein Wasser-
mühl. Grundst.
in Dr. Poznan
Die Wassermühle hat
eine herrliche Lage u. ein recht
sottes Geschäft; nebenbei
Wäderie und Landwirtschaft.
Eigene Lichtanlage. Alles im
besten Zustande. Offeren u.
4197 an die Reich. d. Bl. erb.

Wohnungen

1 großes leeres Zimmer
nur an besseren Herrn zu
vermieten. Starowa 4,
III rechts.



Deutscher Theater-Verein.
Dienstag, 13. Dez., abds
8 Uhr, im grossen Saal
des Zool. Gartens:

Die Dollarprinzessin
Operette in 3 Akten von
Willner und Grünbaum.
Musik von Leo Fall.
Eintrittskarten zu 400, 300,
200 und 100 Mark einschl.
Steuer, in der Ev. Vereins-
buchhdg. (ul. Wjazdowa).

Union!

Die nächste Mitgliederversammlung findet Montag,
d. 12. 12., abds. 8 Uhr,
im „Café Bristol“ statt.
4209 Der Vorstand.

Sicherheitsnachrichten.

St. Petrikirche. (Evangel.
Unitatgemeinde). Sonn-
abend 6: Wochenschlußg. —
Schnieder. — Sonntag, 10: Göt. Haenert. — 11½:
Kindergottesd. Schnieder. —
Mittwoch 6: Advendsgd.
Dorf. — Am 15. 12. e:
Haenert.

St. Paulikirche. Sonn-
tag, 10: Gd. Staemmler.
11½: Kinderg. Suhlmann.
— Mittwoch, 6: Bibelst.
Staemmler. — Am 15.
12. e: Suhlmann.

Cv. luth. Kirche, Ulica
Ogrodowa 6 (früher Garten-
straße). Sonntag, 9½:
Beicht. Jungermann. 10: Br.
u. heil. Abendmahl. Derselbe.
11½: Christen. Derselbe.

St. Lukaskirche. Sonn-
tag, 10: Pred. Büchner. —
12: Kdg. Ders. —
Christuskirche. Sonntag,
10: Gd. Rhode. — 11½:
Kinderg. Ders. — Don-
nerstag 8: Jungfrauen.
— Freitag, 6: Bibelst.
Rhode.

St. Matthäi-Kirche. Sonn-
tag, 10: Gd. Ilse. 11½:
Kdg. Ilse. — Freitag 4:
Vorst.-Sitzung der Frauen-
hilfe. 6: Bibelst. Brummel.

Kapelle der Diakonissen-
anstalt. Sonnabend 8:
Wochenschlußg. Sarowy. —
Sonntag, 10: Gd. Ders.
Cv. Verein junger Männer,
Sonntag, 6: Draheim.
Im Kampf gegen die Volks-
schwester. 8: Abendm. —
Montag, 7½: Blaten. —
Mittwoch, 7: Bibelst.
8: Bibr.-Abd. — Don-
nerstag, 7½: Blaten. —
Sonnabend, 7½: Wochenschl. And.
8: Poln. Christi. Verband junger
Mädchen. Sonntag, 4: Bibl. im Diakonissenhaus.

Gemeinde gläubig ge-
taufster Christen (Baptisten),
ul. Przemysłowa (tr. Mar-
garetenstr.) 12. Sonntag,
10: Pred. Drews. 11½:
Sonntagschule. 2½: poln.
Gd. 4: Pred. Drews. 5½:
Jugendverein. — Mittwoch,
7: Gebetsst.

Aleine senzeug
i. Feldbahn u. Normalgleiche
sowie Taschen,
Taschenschrauben,
Schienennägel,
Tirions,
Allemplatten,
Univerabolzen,
ierner:
Lagermetall, Lager,
Holzschwellen für
Schmal- u. Normalspur
vompt v. Vorort preis w.
liefer. Smoszewi Ska.
T. z. o. Bydgoszcz.

1 dt. Schäferhündin
zur Zucht sowie 7 Junge. 6
Wochen alt hat ab gegeben
Senke, Lednagora, pow.
Gniezno. 4177

Gefensterglas
in allen Sorten,
Glasfritten,
Glasdiamenten,
Bilderrahmen
liefern L. Zippert,
Gniezno.

Sattler- u. Schuhgarne

Gutssekretär

Suche zum 1. Jan., spätest. 1. Febr. 1922, unverh., evgl.

**Rechnungsführer
und Hosbeamten,**
der polnischen Sprache in Wort und Schrift vollständig
mächtig. Gesl. Off. mit Zeugnisabschr. und Gehaltsforderung
erbitet Oberinspektor Nickelmann,
Herrschaft Oleśnica bei Chodzież.

Mansell

Zeugnisse und Geh.-Anspr. an Fr. v. Jouanne, Benartowice, Plezow.

Jg. Landwirtstochter
Siedla, vom 1. 1. oder
später zur Erlernung des
Haushalts, ohne gegenseitige
Festigung. Elbige ist im
Nähe erfahren. Off. u. d. Gsch. b. Bl.

Mühlenwerkführer.
Langjähr. Leiter einer Wasser-
u. Motormühle sucht Stell.
d. 1. 1. 22 ob. spät. Vin vertr.
m. sämli. Maschinen d. Neu-
zeit u. elektr. Licht u. führe
sämli. Reparaturen selbst aus.
Verh. 38 J. alt. Gesl. Ang.
u. C. E. 4215 a. d. Geisch. b. Bl.

Landwirtschaft,
35 Mrq., mit Wald u. Wiesen
neuen Gebäuden in Paproć.
p. Jantopie, powiat No-
wyjomyśl. Nähe d. Gustav-
Leske. (4124)

Städlt. Hausgrundstück
m. Dammoleterei verkauf
ob. verkaucht nach Deutshl.
eignet sich a. für Gericke.
u. Händler. Speicher u. viel
Stallung. Off. u. p. p.
4210 a. d. Geschäftsl. d. Bl.

Jagdwagen,
die den
Vorläufer-Kurzus besucht hab.
suchen vor 1. Jan.
Stellung
1922 Stellung
als Beamter oder
Rechnungsführer
Off. erb. an Zentral-
buchstelle d. Ostens.
Bydgoszcz. (4223)

Jagdwagen,
die den
Vorläufer-Kurzus besucht hab.
suchen vor 1. Jan.
Stellung
1922 Stellung
als Beamter oder
Rechnungsführer
Off. erb. an Zentral-
buchstelle d. Ostens.
Bydgoszcz. (4223)

Dtsch. Doggenrüde
gestromt. 1 J. 5 M. alt. Schul-
tern. 87 cm. halbbroh. Preis
60 000 M. auf Wunsch Bild.
verkauft Rudolf Hamann.
Landwirt, Tuchola, Post
Tuchorze, pow. Wolsztyn.

Zu verkaufen:
1 kompl. Fleischerladen-
Wandaus-
hängung nebst Aluminiumhaken,
Marmor terrasse, gr. Schaukasten-
scheibe u. Tür mit Jaloußen, sowie
Fliesenfußbodenbelag. — Offerten an

W. Ziche, Nowawies, Mochy
(powiat Wolsztyn).

Achtung! — Landwirte!

1 kompletter Motor-Dreschsa-
und Schrotmühle steht zum Ver-
kauf.

Max Wambeck, Janówiec, powiat
Bydgoszcz. (4215)

**Kamelhaarleimen, Gummi-
schläuche, Tran und Firnis**
sind wieder vorrätig bei
Ferd. Ziegler & Co., Bydgoszcz.

Verkaufe q. 30 Ztr. Möhrenamen
(rote Magdeburger) sowie

q. 4 Ztr. Karottenamen
geg. Hochgeb. Gesl. Off. u. A. D. 4152 an die Gschäftsl. d. Bl. erb.

Günstig f. Doseillationen!
zu verkaufen Spielautomat (Polphon).
ein gut erhaltenes Concerto.
Anged. u. D. G. 4216 an die Gschäftsl. dieses Blattes erb.